

Wenn Risiken zu groß werden

Risikoprämie, Produktionsvolumen und Beschäftigung

Die Ortung von Risiken

Wenn die Wirtschaft zu langsam wächst, wird oft den Banken Schuld gegeben. Hierzu neigen vor allem Unternehmer, die auf Bankkredite angewiesen sind. Sie sehen in einer restriktiven Kreditvergabe eine Einschränkung unternehmerischen Entfaltungswillens, die das Wirtschaftswachstum und die Konjunktur schwächt.

Natürlich sind aber auch Banken eher getriebene als treibende Wirtschaftsakteure. Sie haben weder die Fähigkeit noch auch den Willen, die Wirtschaft als ganze mehr oder weniger schnell wachsen zu lassen. Ihr Handeln ist bestimmt von der Notwendigkeit, sich dem permanenten Wandel der eigenen wirtschaftlichen Erfolgsbedingungen anzupassen. Banken mussten und müssen sich insbesondere darauf einstellen, dass ihre Kreditvergabe in einem Umfeld allgemein wachsender Risiken stattfindet, und ebenso wie die Wirtschaft als ganze müssen sie lernen, sich vor diesen wachsenden Risiken zu schützen. Dieser Lernprozess verändert das wirtschaftliche Risikobewusstsein, und er verändert auch fundamentale Strukturmerkmale der Wirtschaft.

Je höher der Wohlstand, desto vielfältiger ist die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, und desto ausgeprägter ist die wirtschaftliche Spezialisierung. Mit zunehmender Spezialisierung wächst aber immer auch das Risiko falscher unternehmerischer Entscheidungen. Es wächst die Wahrscheinlichkeit, dass Investitionen und Produktion irreversible Verluste einbringen.

Solange diese wachsende Risikobelastung als allgemeines, nicht einzelfallspezifisches Merkmal des Wirtschaftens angesehen wird, sind die Auswirkungen eher gering. Die Kreditgeber erhöhen für alle Kreditnehmer die Risikoprämien, und sie verteilen damit die kalkulierten Kosten der erhöhten Risikobelastung ziemlich gleichmäßig auf die gesamte Wirtschaft. Unter diesen Umständen wirkt sich die erhöhte Risikobelastung vor allem auf die Verteilung der Einkommen aus. Die Einkommensverteilung spiegelt die wachsende Rolle des wirtschaftlichen Zufalls, und auch die Unterschiede in der Risikobereitschaft schlagen sich in wachsenden Einkommensunterschieden nieder.

Viel weiter reichende Folgen ergeben sich, wenn wirtschaftliche Risiken genauer geortet werden, und eben dies müssen Kreditgeber zunehmend intensiver und präziser versuchen. Je besser sie nämlich ihre Kredite nach der Risikobelastung unterscheiden können, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich bei ihnen so genannte schlechte Risiken häufen. Und je mehr Kreditgebern eine solche präzisierte Risikoortung gelingt, desto größer wird die Gefährdung der anderen. Desto wahrscheinlicher wird es, dass sich schlechte Risiken bei denjenigen Kreditgebern häufen, die der Risikoortung vergleichsweise geringe Bedeutung beimessen oder vergleichsweise schlechte Verfahren der Risikoortung anwenden. Kreditgeber können sich daher im Wettbewerb nur behaupten, wenn sie bei der Kreditvergabe möglichst genau nach Risikograden differenzieren, auch wenn dies einen zunehmend größeren Aufwand erfordert. Sie müssen dies aus eigenem Überlebensinteresse tun, und sie werden hierzu auch von Gesetzgebern und Aufsichtsinstanzen gezwungen.

Je enger die Verbindung zwischen bestimmten Kreditmerkmalen und der Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen, desto klarer können Kreditgeber unterscheiden zwischen Bereichen des Wirtschaftens mit eher geringer und Bereichen mit hoher Risikobelastung. Desto fundierter können neben dem Kreditausfallrisiko auch die Aufwendungen für die Risikoortung einzelnen Gruppen von Kreditnehmern zugeordnet werden. Desto fundierter kann daher auch in der Höhe der Risikoprämie und damit in der Zinsforderung nach Wirtschaftsbereichen differenziert werden. Desto größer wird damit auch die Zinsdifferenz zwischen Krediten mit hohem und solchen mit geringem oder keinem Ausfallrisiko. Wo das Risiko gering erscheint, werden Kredite billiger, für Kreditnehmer höherer Risikogruppen dagegen werden Kredite dementsprechend teurer.

Natürlich ist aber gerade dort, wo die Risikobelastung besonders hoch ist, die Bereitschaft zur Zahlung von Risikoprämien besonders gering. Je geringer nämlich die gezahlte Risikoprämie, desto leichter sind Risikoereignisse zu bewältigen. Eine erhöhte Risikoprämie ist selbst ein risikoerhöhender Faktor, der die Erfolgsbedingungen gerade der besonders risikobelasteten Unternehmen zusätzlich verschlechtert.

Die Entscheidungen darüber, inwieweit Produktion riskiert oder doch aus Risikogründen eher unterlassen wird, liegen auch und gerade in einer hoch entwickelten Wirtschaft überwiegend bei kreditfinanzierten kleineren als bei

den eher eigenkapitalfinanzierten großen Unternehmen.¹ Je höher aber die Risikoprämie und das Risiko, desto stärker ist die Neigung gerade der kreditfinanzierten Unternehmen, an sich mögliche Produktion zu unterlassen. Daher hat die Risikoprämie der Kreditgeber wachsende Bedeutung für die Reichweite der Produktion. Kreditfinanzierte Unternehmen riskieren Produktion nur bis an jene Grenze, an der die von Kreditgebern geforderte, in den Zins eingerechnete Risikoprämie gerade noch tragbar erscheint. Wenn aufgrund der realen Risikolage Kredite in diesem Grenzbereich teurer werden, wird die Grenze zur Produktionsunterlassung von Kreditnehmern zwangsläufig enger gezogen.

Kreditgeber tragen natürlich auch auf andere, viel unmittelbarere Weise dazu bei, dass riskante Produktion unterbleibt. Sie tun dies, indem sie extrem risikobelastete Kredite von vornherein versagen, statt eine extrem hohe Risikoprämie auszuweisen. Dabei unterstellen sie zum einen, dass extreme Risikoprämien auf wenig Akzeptanz bei den Kreditnehmern und der Öffentlichkeit stoßen würden, und sie tragen dabei auch dem Umstand Rechnung, dass von einer gewissen Höhe an Risikoprämien selbst zu einem unzumutbaren Risiko für Kreditnehmer würden.

Für kleinere Unternehmen hat dies zur Folge, dass sie wachsende Anteile ihrer Produktion mit eigenem Kapital zu finanzieren versuchen. Dies wiederum führt unmittelbar zu einem erhöhten Gewinnanspruch. Unternehmer streben bei wachsender Risikobelastung höhere Gewinnmargen an, um rascher Eigenkapital zu bilden und damit die Abhängigkeit von Kreditfinanzierungen zumindest auf längere Sicht zu verringern. Insoweit dieser Anspruch durchgesetzt wird, geht die Einschränkung der Produktion mit einer Steigerung der durchschnittlichen Gewinne einher. Diese Steigerung der Gewinne wiederum kann nur zulasten der Arbeitsentgelte realisiert werden. Wenn die Risiken steigen, kommt es daher mit der Einschränkung der Produktion auch zu einer Beeinträchtigung der Arbeitnehmereinkommen.

Konsequenzen für den Arbeitsmarkt

Diese Umverteilung der Einkommen trifft die Arbeitskräfte, aber viele von ihnen sind natürlich auch direkt von der risikobedingten Produktionsunterlassung betroffen. Wenn die Reichweite der Produktion eingeschränkt wird, dann hat dies immer auch Auswirkungen auf die Reichweite der Beschäfti-

¹ Zum Phänomen der risikobedingten Produktionsunterlassung s. auch B. Wehner, *Der Arbeitsmarkt im Sozialstaat*, Hamburg 2001.

gung. Dass die Risiken des Wirtschaftens steigen, führt daher, sofern nicht kompensierenden Maßnahmen der Beschäftigungsförderung zur Wirkung kommen, auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Hohe Arbeitslosigkeit ist insofern ein starkes Indiz für ein hohes Ausmaß risikobedingter Produktionsunterlassung.

Arbeitskräfte wollen natürlich auch - ähnlich wie Kredit- und Kapitalgeber - Risikoprämien durchsetzen, wenn sie in besonders risikobelasteten Wirtschaftsbereichen tätig werden. Für Arbeitskräfte aber ist der Umgang mit wirtschaftlichen Risiken viel problembeladener als für Kredit- und Kapitalgeber. Für sie ist das wirtschaftliche Risiko immer ganz persönlicher Natur, und es ist zumeist auch ein existentielles Risiko. Sie können die Wirkung einzelner Risikoereignisse weder durch Risikostreuung noch durch Differenzierung der Risikoprämien wesentlich mildern. Sie können zwar auch von positiven Zufällen, von einer Verbesserung des Marktwertes ihrer Arbeit nämlich und damit von einer erhöhten Verhandlungsmacht gegenüber Arbeitgebern, stark profitieren, aber mit umso größerer Wucht werden sie von negativen Risikoereignissen, von einem Verlust ihres Arbeitsplatzes und vom Marktwertverlust ihrer Arbeit getroffen.

Die wachsende Risikobelastung der Wirtschaft spaltet insofern die Arbeitskräfte zunehmend in solche, die von Zufällen des Marktgeschehens eher begünstigt werden, und andere, die unter Risikoereignissen stark zu leiden haben. Die einen haben das Glück, über lange Zeit gefragte spezialisierte Arbeit leisten zu können, während andere von Risikoereignissen an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt werden. Viele dieser randständigen Arbeitskräfte verfügen nicht einmal über die Leistungsfähigkeit oder die Verhandlungsmacht, um existenzsichernde Arbeitsentgelte und Risikoprämien durchsetzen zu können. Hiervon sind in besonderem Maße ältere Arbeitskräfte betroffen. Die Gewissheit indes, nicht zu den Verlierern des wirtschaftlichen Risikogeschehens zu gehören, schwindet tendenziell bei Arbeitskräften aller Altersstufen.

Risikopolitik als Aufgabe des Sozialstaates

Der Staat hat die Möglichkeit, die wachsende Risikobelastung des Wirtschaftens durch eigene Risikoteilhabe zu verringern. Er könnte zumindest diejenige Risikobelastung mindern, die sich aus der Belastung von Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben ergibt. Er könnte Regeln aufstellen, nach denen sich die Steuer- und Abgabenbelastungen der Unternehmen besser an deren

jeweilige Belastbarkeit anpassen. Er könnte Unternehmen gestatten, eventuelle Verluste an profitable Unternehmen zu verkaufen, die ihre eigene Steuerlast oder die ihrer Eigentümer auf diese Weise mindern wollen. Er könnte sogar zur Regel machen, dass Sozialabgaben erst dann und nur dann zu zahlen sind, wenn dies aus realisierten Gewinnen möglich ist. Derartige Regeln könnten nicht zuletzt jenen Risikodruck verringern, den Unternehmen an ihre Arbeitskräfte weiterzugeben versuchen. Sie könnten auch bewirken, dass die Reichweite von Produktion und Beschäftigung sich nicht nach rein betriebswirtschaftlicher Logik richtet, sondern nach Kriterien wie dem kollektiven Wohlstand oder gar einer gerechten Chancenverteilung.²

Natürlich sind einer solchen Risikopolitik enge Grenzen gesetzt. Die wachsende Risikobelastung wirtschaftlicher Entscheidungen muss für die Verantwortlichen spürbar bleiben. Wer risikobelastete Entscheidungen trifft, muss mit negativen Sanktionen rechnen, wenn seine Entscheidungen sich im Nachhinein als falsch herausstellen. Risikopolitik darf daher die risikobedingte Produktionsunterlassung nicht durch Gleichgültigkeit der Verantwortungsträger unterbinden wollen. Auch wenn auf solche Weise mehr Beschäftigung geschaffen werden könnte, wären die Folgen für die wirtschaftliche Effizienz und damit für den kollektiven Wohlstand fatal.

Produktionsunterlassung allein um der Beschäftigung willen zu bekämpfen wäre auch deswegen verfehlt, weil die mögliche Mehrbeschäftigung überwiegend in den Randbereichen des Arbeitsmarktes stattfände. Es wäre eine Beschäftigung, deren durchschnittliche Wertschöpfung weit unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt läge. Auch aus diesem Grund könnte solche Mehrbeschäftigung den durchschnittlichen Wohlstand nur wenig steigern. Wie weit Risikopolitik dafür eingesetzt werden sollte, die Randbereiche der Beschäftigung besser auszuschöpfen, ist auch deswegen keine nur ökonomisch zu beantwortende Frage. Es ist eine Frage der politischen Moral.

Die Verlierer des Risikogeschehens müssen letztlich vom Sozialstaat aufgefangen werden. Dieser Aufgabe kann der Sozialstaat sich um so weniger entziehen, je zahlreicher die Verlierer sind und je größer ihre wirtschaftliche Not ist. Je höher die Risikobelastung der Wirtschaft, desto mehr gerät daher auch der Sozialstaat unter Druck. Es wird für ihn aufwändiger, soziale Gerechtigkeit zu wahren, und zugleich wird diese Aufgabe politisch immer unabweisbarer.

² Zu solchen Möglichkeiten einer staatlichen Risikopolitik s. auch B. Wehner, *Der Neue Sozialstaat*, 2. Aufl. Wiesbaden 1997, Kap. 5.2.

Ein auch und vor allem durch das Risikogeschehen überforderter Sozialstaat gerät natürlich leicht in Versuchung, das soziale Netz weitmaschiger zu machen. Je durchlässiger aber das soziale Netz, desto stärker wird der Druck auf Arbeitskräfte, Arbeit anzunehmen, die kein zumutbares Einkommen sicherstellt. Desto mehr ist wiederum der Sozialstaat gefordert, die betroffenen Arbeitskräfte solidarisch zu unterstützen. Dies kann er in eher traditioneller Weise auf der Grundlage von Bedürftigkeitsprüfungen tun, aber er könnte es auch vorbeugend tun, wie es sich in einem Bürgergeldsystem von selbst ergäbe. Nur ignorieren kann der Sozialstaat die durch die wachsende Risikobelastung entstehenden Herausforderungen nicht.

Grenzen der Erkenntnis

Wenn Produktion und Beschäftigung eingeschränkt werden und wenn die Gewinne zu Lasten der Arbeitsentgelte steigen, werden die Ursachen zumeist anderswo gesucht. Es ist bequemer, den Banken oder auch den Unternehmern die Schuld zu geben, es ist bequemer, gesetzliche Regelungen der Kreditvergabe verantwortlich zu machen, und bequem ist es auch, direkte staatliche Eingriffe zur Beschäftigungssicherung und zur Stabilisierung der Lohnstruktur zu fordern. Die Wahrheit ist jedoch schwieriger. Der Anstieg der Risikobelastung ist so irreversibel wie die Folgen für das wirtschaftliche Handeln, das Produktionsvolumen, Beschäftigung und Einkommensverteilung bestimmt. Der Politik bleibt nur die Möglichkeit, sich zum einen selbst an den wachsenden wirtschaftlichen Risiken zu beteiligen und zum anderen zeitgemäße Methoden der Einkommensumverteilung zu entwickeln. Sie muss insbesondere dafür sorgen, dass auch bei geringem Arbeitsentgelt ein auskömmliches Einkommen erzielt wird.

Wichtig ist die Einsicht, dass die risikobedingte Einschränkung von Produktion und Beschäftigung mit dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand wenig zu tun hat. Wenn der Wohlstand längerfristig hinter kollektiven Erwartungen zurückbleibt, hat dies ganz andere Gründe. Es liegt, soweit diese Gründe überhaupt menschlicher Erkenntnis zugänglich sind, an einer Fehlentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Kultur, und es liegt mehr denn je auch an einem Versagen des politischen Systems.